

LANDTAG BRANDENBURG



Für eine  
Gesundheitsversorgung  
mit Zukunft  
in Brandenburg



# Liebe Leserinnen und Leser,

Brandenburg steht vor großen Herausforderungen bei der Gestaltung einer modernen Gesundheitsversorgung. Noch immer zeichnet sich unser Gesundheitswesen dadurch aus, dass es im internationalen Vergleich finanziell sehr gut ausgestattet ist, aber aufgrund von Fehlversorgung erhebliche Defizite in Qualität, Effektivität und Effizienz aufweist.

Als Gesundheitskasse kennen wir die Vielgestaltigkeit der Themen im Gesundheitswesen. Daher sind die folgenden Vorschläge den verschiedenen Themenbereichen zuzuordnen, die aus Sicht der AOK Nordost für die zukünftige Versorgung der Brandenburgerinnen und Brandenburger von größter Relevanz sind.

Zur Verbesserung von Qualität und nachhaltigem Einsatz von Versichertenbeiträgen müssen beispielsweise die Krankenhausstrukturen langfristig strukturell modernisiert und zugleich zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, die kurz- und mittelfristig zur Entlastung und Stabilisierung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sowie der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) führen. Wir müssen mit weniger werdenden Ressourcen einen maximalen Effekt auf die Versorgung erreichen. Ein erster Schritt wäre die verlässliche Dynamisierung des Bundeszuschusses für die von den Beitragszahlenden übernommenen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben.

Soziale und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sind entscheidend für gleichberechtigte Gesundheitschancen, deshalb ist Gesundheit immer auch eine soziale Frage. Seit langem setzt sich die AOK Nordost aktiv für Demokratie und Toleranz sowie gegen Rassismus und Diskriminierung ein und versteht sich als inklusives Unternehmen. Als aktiver Kooperationspartner der Initiative „**Tolerantes Brandenburg**“ gehört die AOK Nordost zu den Unterzeichnenden des Aufrufes für ein weltoffenes Brandenburg und zur Verdeutlichung der zu achtenden demokratischen Grundregeln zu den Erstunterzeichnenden des Aufrufs „**Brandenburg zeigt Haltung**“.

Die neue Brandenburger Landesregierung ist gefordert, gemeinsam mit der AOK Nordost und weiteren Partnern die Versorgungsstrukturen regional so zu gestalten, dass eine zukunftsweisende, effiziente und qualitativ hochwertige Versorgung aller Brandenburgerinnen und Brandenburger möglich ist.

Lassen Sie uns die Herausforderungen gemeinsam angehen!



**Daniela Teichert**  
Vorsitzende des Vorstandes



**Hans-Joachim Fritzen**  
Stellvertretender Vorsitzender  
des Vorstandes

# Versorgungssicherheit und Qualität ausbauen

Patientinnen und Patienten müssen befähigt werden, die für sie geeignete und qualitativ hochwertigste Versorgung zu erkennen und einzufordern. Dazu müssen die **Transparenz** im Gesundheitswesen sowie die **Rechte der Patientinnen und Patienten** gestärkt werden. Die Orientierung an **Mindestmengen und Strukturvorgaben** für spezialisierte Eingriffe, eine **leitliniengerechte Behandlung** und die Verankerung von weiteren verbindlichen Qualitätskriterien, zum Beispiel im Landeskrankenhausplan, sind dafür unerlässlich.



## Hohe Qualität der Versorgung ist Patientinnen und Patienten am wichtigsten<sup>1</sup>

Auch im ambulanten Bereich und in Arztnetzen müssen **Qualitätsindikatoren weiterentwickelt** und gute Beispiele, wie die im Rahmen des Projektes **QuATRo ausgezeichneten** Brandenburger Arztnetze „Mein AOK-Gesundheitsnetz® „MEDIS“ sowie „Mein AOK-Gesundheitsnetz® „Ärztenez Brandenburg an der Havel“, weiter gefördert werden.

**Qualität** muss das entscheidende Kriterium **in allen Versorgungsbereichen** sein – dafür sollte sich die neue Landesregierung einsetzen. In der stationären Versorgung ist dafür eine **langfristige bedarfsorientierte Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg mit einheitlichen Qualitätskriterien** zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und damit auch gleicher Überlebenschancen im Falle von akuten und schweren Erkrankungen wichtig.



## Strukturreformen vorantreiben

Die demografische Entwicklung der Bevölkerung und der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen führen zunehmend zu Veränderungen in der Versorgungsdichte. Daher ist es wichtig, die notwendigen Strukturreformen zügig voranzutreiben, um die Versorgung der Brandenburgerinnen und Brandenburger zukunftsfest zu sichern.

Für das Gelingen einer modernen, effektiven und hohen Qualitätsansprüchen genügenden Versorgungsstruktur muss sektoren- und länderübergreifend gedacht werden. Personelle und finanzielle Ressourcen müssen geschickt miteinander verknüpft werden, um eine gute Versorgung sowohl in der Stadt als auch auf dem Land sicherzustellen.

## Planungsprozesse sektoren- und länderübergreifend gestalten

Die bedarfsgerechte Gestaltung der regionalen Versorgung sollte unter Berücksichtigung bundeseinheitlicher Rahmenbedingungen durch ein **„3+1-Gremium“** erfolgen, welches aus der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, der Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e.V., den Krankenkassen, sowie dem Land Brandenburg besteht. Brandenburg sollte bei der regionalen Versorgungsgestaltung eine enge

<sup>1</sup>**Umfrage** Civey im Auftrag der AOK unter rund 10.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern ab 18 Jahren: Auf die Frage zu den wichtigsten Aspekten bei der persönlichen Gesundheitsversorgung, antworteten 42,4 Prozent, dass ihnen die hohe Qualität der Versorgung am wichtigsten ist. Erst danach folgen mit deutlichem Abstand der schnelle Zugang zur Versorgung mit 19,3 Prozent sowie stabile und bezahlbare Beiträge mit 16,7 Prozent der Befragten.

Abstimmung zu den angrenzenden Bundesländern suchen, um Doppelstrukturen in Gesundheitsregionen zu vermeiden.

## Regionale und moderne Versorgungsstrategien gestalten

Die AOK Nordost leitete aus dem **erfolgreichen** und für die bundesweite Regelversorgung **empfohlenen** Innovationsfondsprojekt in Templin, **IGiB-StimMT**, **zehn Vorschläge** für die regionale Gesundheitsversorgung der Zukunft ab. Mit dem neuen, noch davor ansetzenden, **Forschungsprojekt** „Prospektive Regionale sektorenübergreifende Versorgungsplanung“ (ProReVers) soll zunächst der Gesundheitsversorgungsbedarf einer Region ermittelt und damit eine Datengrundlage für die Weiterentwicklung geschaffen werden.

Wesentliche Erfolgsbedingung für die **langfristige Verankerung** von erfolgreichen regionalen sektorenunabhängigen Versorgungsmodellen ist eine **neue Rechtsgrundlage**. Die AOK-Gemeinschaft hat ein entsprechendes Konzept für die **Gestaltung von Gesundheitsregionen** erarbeitet.

Damit Kranken- und Pflegekassen durch ihre Expertise als **Systemlotsen** fungieren und selbst sektorenübergreifende, passgenaue, umfassende und ineinandergreifende Versorgungsangebote für eine qualitative und bedarfsgerechte **Versorgung gestalten** können, müssen ihre **Handlungsspielräume** zum Beispiel mit den Kommunen für regionale und moderne Versorgungsstrategien, aber auch ihre **Gestaltungsspielräume** zur Entwicklung von integrierten Versorgungsangeboten deutlich **weiterentwickelt** werden.

## Jetzt die Pflege der Zukunft sichern

In der Pflege ergeben die demografischen Prognosen ein besorgniserregendes Szenario.



## bis zu 690 000 Pflegekräfte könnten bundesweit bis 2049 fehlen<sup>2</sup>

Allein durch die zunehmende Alterung wird die **Anzahl Pflegebedürftiger** bis zum Jahr 2055 um 37 %, auf etwa 6,8 Millionen Pflegebedürftige, zunehmen. Daher ist es notwendig, auch die Pflegeanbieter so zu verteilen, dass alle Brandenburgerinnen und Brandenburger die Chance auf eine qualitativ hochwertige Versorgung haben und Pflege bedarfsgerecht angeboten wird. Für eine **Bedarfsplanung** wird allerdings eine neue gesetzliche Grundlage benötigt, um die **Pflegeangebote** im Zulassungsverfahren steuern zu können.

Etwa 85% der Pflegebedürftigen werden ambulant versorgt, davon mehr als die Hälfte durch An- und Zugehörige. Deshalb muss diese Gruppe **mit flexiblen, ihren Wert erhaltenen Leistungen weiter gestärkt** werden.

Der zunehmenden Schere zwischen der Anzahl Pflegebedürftiger und vorhandenem Pflegepersonal kann mit der Steigerung der **Pflege- und Selbstpflegekompetenzen** und sogenannten **Caring Communities** begegnet werden. Ein echter Mehrwert entsteht, wenn bestehende Angebote, wie das Netz an Pflegestützpunkten neu gedacht werden, indem diese, wie von der AOK Nordost gefördert, zu **Pflegekompetenzzentren weiterentwickelt** werden, die die Leistungserbringung auf kommunaler Ebene orchestrieren.

Die überholte **Abgrenzung von ambulanter und stationärer pflegerischer Versorgung** muss ohne zusätzliche Ausgaben **aufgehoben** werden. Pflege muss sich am tatsächlichen Bedarf des pflegebedürftigen Menschen ausrichten, nicht am Ort der Leistungserbringung.

<sup>2</sup>Statistisches Bundesamt - Destatis, **Pflegekräftevorausberechnung**

## Qualitätsorientierte Krankenhausstrukturen schaffen

Krankenhäuser müssen zu **Versorgungsstandorten** mit **sektorenübergreifender** Ausrichtung **weiterentwickelt** werden, um eine bedarfsgerechte und passgenaue Versorgung in der Stadt und auf dem Land sicherzustellen. Kooperationen sollten unter Nutzung der digitalen Möglichkeiten partnerschaftlich gelebt werden.

Qualitäts-, Planungs- und Finanzierungsfragen müssen gemeinsam geregelt werden, um eine bessere Versorgung der Patientinnen und Patienten und bessere Arbeitsbedingungen für die in den Krankenhäusern tätigen Mitarbeitenden zu ermöglichen. Zudem muss sichergestellt werden, dass der **Versorgungsbedarf** der Bevölkerung der Ansatz für die Vorhaltekostenfinanzierung ist und nicht die bloßen Fallzahlen. Durch eine Umstellung auf **ausgabenneutrale Vorhaltekosten** besteht die Chance, die fragwürdige Ausweitung der Fallzahlen aus wirtschaftlichen Gründen zu beenden.



**3 von 4 Befragten ist die Spezialisierung des Krankenhauses für die benötigte Operation wichtiger als regionale Nähe<sup>3</sup>**



## Notfallversorgung nicht selbst zum Notfall werden lassen

Für die Patientinnen und Patienten ist es oft überlebenswichtig, dass sie im Notfall in eine spezialisierte Klinik transportiert werden, um die bestmögliche Versorgung zu erhalten, zum Beispiel im Falle eines Schlaganfalls in ein Krankenhaus mit einer Stroke-Unit.

Die im Rahmen der Notfallreform auf Bundesebene geplanten **Integrierten Notfallzentren** (INZ) sind ausdrücklich zu begrüßen, sollten aber **rechtlich eigenständig und fachlich unabhängig** sein, d.h. auch mit eigenem Personal und geeigneter technischer Ausstattung betrieben werden. Nur durch das gemeinsame Betreiben der INZ durch Vertrags- und Klinikärztinnen und -ärzte können Verteilungskämpfe sowie Fehlanreize verhindert und die Sektorengrenzen überwunden werden.

Zur Verbesserung der Notfallversorgung in Brandenburg ist eine **gesamtheitliche, länderübergreifende Betrachtung** sowie die Auflösung bestehender und die Vermeidung künftiger **Doppelstrukturen** wichtig.

<sup>3</sup>Umfrage Civey im Auftrag der AOK unter rund 10.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern ab 18 Jahren

## Gesundheit stärken

In Brandenburg wurden in der Vergangenheit viele gute Ansätze zur Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention geschaffen, die aber mit der nötigen Schlagkraft intensiviert werden müssen.

So benötigt die 2021 vom Landtag beschlossene **Landesinitiative Kindeswohl** eine **paritätische Finanzierung** zusätzlicher Aktivitäten durch die Landesregierung und damit die Bereitstellung zusätzlicher **Haushaltsmittel**, um erfolgreich sein zu können.

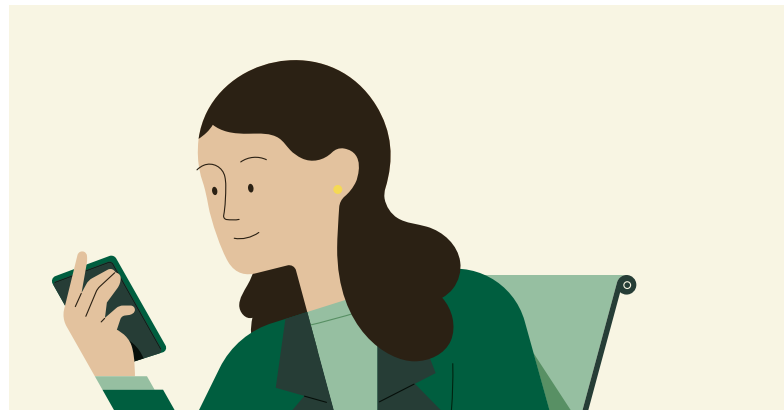
Der **Gesundheitsatlas** der AOK Nordost zeigt den hohen Anteil an Menschen mit Adipositas und anderen ernährungsbedingten Krankheiten in der Brandenburger Bevölkerung.



Zur Umsetzung der Brandenburger Ernährungsstrategie in Kitas und Schulen sollte die neue Landesregierung daher die **Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung** mit zusätzlichen Ressourcen für die Beratung der Träger in den Kommunen ausstatten.

Der **Prävention gesundheitlicher Folgen durch Hitze** kommt eine zunehmend wichtige Bedeutung zu. Die Landesregierung sollte die Kommunen bei ihrem Engagement im Hitzeschutz durch finanzielle Unterstützung stärken, gute Beispiele bekannt machen und sowohl das zentrale Netzwerk Hitzeschutz als auch kommunale Netzwerke zur Bündelung von Expertisen fördern.

Eine nachhaltige Pflegepolitik muss neben strukturellen Änderungen die **Prävention der Pflegebedürftigkeit** stärker in den Fokus nehmen als bisher. Hier sind Vermeidung, Verzögerung oder mindestens Abmilderung der Pflegeprävalenz auf regionaler Ebene zu entwickeln und zu fördern. Die Erfahrungen und guten Ergebnisse des „Pakt für Pflege“ sollten unbedingt weiter beschritten werden. Die AOK wird sich weiterhin engagieren.



## Digitale Infrastruktur ermöglichen

Eine funktionierende digitale Infrastruktur ist die grundlegende Voraussetzung für ein modernes, effizientes und vernetztes Gesundheitssystem und muss bei allen strukturellen und gesetzlichen Veränderungen im Gesundheitssystem mitgedacht werden.

### Erstes „Digitales Bürgerbüro“

Die AOK Nordost entwickelte gemeinsam mit Partnern, wie dem Landkreis Uckermark, die ersten „Digitalen Bürgerbüros“ in Templin, Angermünde und weiteren Orten, die den Bürgerinnen und Bürgern niedrigschwellig und datenschutzgerecht verschiedene Dienstleistungen als Video-Call zur Verfügung stellen.

## Nachhaltige Finanzierung schaffen

Qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung funktioniert nur mit einer langfristig stabilen Finanzgrundlage.

Überfällige Reformen zur Verbesserung von Versorgungsqualität und Effizienz im Gesundheitswesen müssen mit dem nötigen Nachdruck umgesetzt werden. Ohne aktives politisches Gegensteuern wird der finanzielle Druck auf die GKV sowie die SPV und

damit die finanzielle Belastung für Versicherte und Arbeitgeber weiter zunehmen.

Deshalb ist die Rückkehr zu einer **einnahmenorientierten Ausgabenpolitik** unabdingbar. Ein erster Schritt zur Entlastung der Beitragszahlenden sind **kostendeckende Beitragspauschalen** für Bürgergeld-Beziehende und ein **dynamisierter Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen**.

Auch angesichts der demografischen Entwicklung, in deren Folge die Nachfrage nach medizinischen und pflegerischen Leistungen weiter zunimmt, ist es zwingend erforderlich, das strukturelle Defizit in der GKV sowie in der SPV abzubauen.

In der **GKV** bedarf es dazu auch einer Veränderung des zentralen Verteilungsmechanismus für die Finanzen der Krankenkassen: des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (RSA). Dieser muss zukünftig die **besonderen Versorgungsbedarfe vulnerabler Gruppen** berücksichtigen, zum Beispiel durch Einführung eines Pflegemerkmals als eigene Ausgleichsvariable, um die Kosten der hochqualitativen Versorgung auch abzubilden.



Zu den weiteren vulnerablen Gruppen, deren Versorgungsbedarfe auf der Finanzierungsseite gerechter abgebildet werden müssen, gehören Beziehende von Bürgergeld oder Erwerbsminderungsrente sowie von der gesetzlichen Zuzahlung befreite Versicherte (Härtefälle). Dass Krankenkassen ausreichende Mittel für die Versorgung dieser Gruppen zur Verfügung stehen, ist besonders in den **ostdeutschen Flächenländern** von besonderer Wichtigkeit.

Die Grundausrichtung des Risikostrukturausgleichs, Anreize zur Risikoselektion zu Lasten der besonders verletzlichen Versicherten zu verringern, muss erhalten bleiben.

Die **SPV** steht derzeit insbesondere vor der komplexen Herausforderung, die Leistungen der Pflegeversicherung angemessen zu dynamisieren sowie Eigenanteile zu begrenzen, um Pflegebedürftige vor der finanziellen Überforderung zu bewahren und mit einer soliden Gegenfinanzierung die **Beitragsstabilität** zu gewährleisten.

Gerade für die **östlichen Bundesländer** mit den dort bestehenden niedrigeren Rentendurchschnitten ist die nachhaltige Finanzstabilisierung wegen des hohen Altersdurchschnitts und der hohen Pflegequote besonders wichtig.

Zur kurzfristigen Stabilisierung der SPV müssen die Beitragszahlenden unbedingt von den **versicherungsfremden Leistungen** entlastet werden. Zur langfristigen Stabilisierung muss es einen **nachhaltigen, breiteren Finanzierungsmix** geben, zum Beispiel einen zweckgebundenen, jährlich dynamisierten Bundeszuschuss.

## Impressum

**AOK Nordost – Die Gesundheitskasse**  
für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern  
Vorsitzende des Vorstandes: Daniela Teichert

Brandenburger Straße 72, 14467 Potsdam

**Ihre Ansprechpartner:**  
Doris Rahn, Telefon: 0800 265080-20015  
Tobias Gebhardt, Telefon: 0800 265080-31015

**E-Mail:**  
gesundheitspolitik@nordost.aok.de

**Bildnachweis Titelseite:**  
Rednerpult im Plenarsaal des Landtages  
© Landtag Brandenburg

## Folgen Sie uns auf:

AOK Nordost  
Forum

Presse und  
Politikportal

LinkedIn

Bluesky

Stand: Juni 2024

